

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2019

**DER DELEGATION
BEI DER
INTERPARLAMENTARISCHEN UNION
(IPU)**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A Einleitung	4
B 140. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 6. – 10. April 2019 in Doha (Katar)	6
1. Allgemeines.....	6
2. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item).....	6
3. Hauptthema der Versammlung: <i>Die Rolle der Parlamente bei der Verbesserung der Ausbildung für Friede, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit</i>	7
C Sitzung des Interparlamentarischen Rats	8
1. Mitgliedschaft bei der Interparlamentarischen Union.....	8
2. Die finanzielle Lage der IPU.....	8
3. Umsetzung der IPU-Strategie 2017 - 2021.....	8
D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus	9
E 141. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 13. – 17. Oktober 2019 in Belgrad (Serbien)	9
1. Allgemeines.....	9
2. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item).....	9
3. Hauptthema der Versammlung: <i>Die Rolle der Parlamente und der parlamenta- rischen Verfahren bei der Stärkung des Völkerrechts</i>	10
F Sitzung des Interparlamentarischen Rats	10
1. Die finanzielle Lage der IPU.....	10
2. Budget für das Jahr 2020.....	11
3. Berichte der IPU-Präsidentin sowie des IPU-Generalsekretärs.....	11

G	Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus.....	11
H	Schlusswort.....	11
I	Nächste Versammlungen.....	12

A Einleitung

Allgemeines zur Interparlamentarischen Union

Die IPU wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveräner Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zur globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 179 Mitgliedstaaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen.

Ziele

- die Kontakte, die Koordination und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten und deren Mitgliedern aller Länder zu fördern;
- Fragen von internationalem Interesse betreffend Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Frauen in der Politik, Bildung, Wissenschaft und Kultur zu erörtern, um dadurch einzelne Parlamente und Ratsmitglieder zu konkreten Massnahmen zu veranlassen;
- zur Förderung von Schutz und Achtung der Menschenrechte – ein zentraler Faktor für die parlamentarische Demokratie und die Entwicklung – und des humanitären Rechts beizutragen, insbesondere zum Schutz der Menschenrechte der Parlamentarierinnen und Parlamentarier;
- zu einem besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen beizutragen und deren Entstehung und Fortbildung zu unterstützen.

Die **Interparlamentarische Konferenz** – die Plenartagung der Organisation – tagt zweimal jährlich. Sie erörtert dabei insbesondere politische, wirtschaftliche und soziale Fragen von internationalem Interesse und erarbeitet zu diesen Themen Entschliessungen. Nach der Satzung sind die Mitglieder der Union zur Verteilung der Resolutionen im Parlament sowie an die Regierungen sowie zur Förderung ihrer Umsetzung aufgerufen. Es ist somit Aufgabe der Delegationen, die Entschliessungen der IPU den Parlamenten zu überbringen und auf deren Umsetzung hinzuarbeiten. Die einzelnen Entschliessungen entfalten allerdings für die Parlamente der in der IPU vertretenen Staaten keine bindende Wirkung.

Darüber hinaus veranstaltet die IPU Sonderkonferenzen, die sich insbesondere mit Fragen aus den Bereichen Abrüstung, Entwicklung und Umwelt auseinandersetzen.

Der **Interparlamentarische Rat** lenkt unter der Leitung seines auf drei Jahre gewählten Präsidenten die Arbeit der Union. Das **Exekutivkomitee**, das sich neben dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates und dem Vizepräsidenten aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzt, unterstützt den Rat bei seinen Aufgaben. Es nimmt eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung des jährlichen Arbeitsprogramms der Union und bei der Einrichtung neuer Ausschüsse ein.

Drei Ständige Ausschüsse – Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit, Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte – unterstützen die Interparlamentarische Konferenz in ihrer Arbeit. Ähnlich dem Verfahren in anderen interparlamentarischen Gremien besteht ein Berichterstattersystem mit zwei BerichterstatterInnen pro Sachthema, welche dem jeweiligen Ausschuss nebst einem Themenbericht einen Resolutionsentwurf vorlegen. Änderungsanträge zu den jeweiligen Resolutionsentwürfen werden jedoch dann im gesamten Ausschuss beraten und verabschiedet.

Finanzierung der IPU: Sie finanziert sich ausschliesslich aus eigenen Mitteln, die durch die Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden (Beitrag Liechtenstein für das Jahr 2019 ca. CHF 12'100).

Das **Sekretariat der IPU** mit Sitz in Genf ist für alle administrativen Aufgaben sowie den Sitzungsdienst bei den Tagungen der verschiedenen IPU-Gremien zuständig.

Seit Herbst 2000 ist der Liechtensteinische Landtag als offizielles Mitglied in der IPU vertreten.

Die liechtensteinische Delegation bei der IPU setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Landtagsabgeordneter Mario Wohlwend (Delegationsleiter)
- Landtagsabgeordneter Johannes Hasler (Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Jürgen Beck (stv. Delegationsmitglied)
- Stv. Landtagsabgeordneter Wolfgang Marxer (stv. Delegationsmitglied)
- Gabriele Wachter (verantwortliche Mitarbeiterin beim Parlamentsdienst)

Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr nebst vielen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste tagte vom 6. – 10. April in Doha (Katar), die zweite vom 13. - 17. Oktober in Belgrad (Serbien). An beiden Sitzungen war die Delegation (Mario Wohlwend und Johannes Hasler) inkl. der verantwortlichen Mitarbeiterin des Parlamentsdienstes vertreten.

Kostenaufwand der Delegation per 2019

Der Gesamtkostenaufwand (Taggelder und Reise-, Übernachtungs- sowie Verpflegungskosten) der Delegation belief sich im Berichtsjahr auf CHF 30'438.90.

B 140. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 6. – 10. April 2019 in Doha (Katar)

1. Allgemeines

Die Eröffnungsfeier der Konferenz fand am 6. April 2019 in Anwesenheit seiner Exzellenz Scheich Tamim Bin Hamad Al Thani, Emir von Katar, statt. Dieser gratulierte in seiner Ansprache der IPU zu ihrem 130. Geburtstag. Weiter thematisierte er in seiner Rede die Bedeutung von Bildung und Integration zur Förderung von Frieden und Sicherheit. Er erläuterte weiter die Rolle Katars im Bemühen zur Bekämpfung des Terrorismus und bei der Unterstützung von Entwicklungsländern.

Die IPU-Präsidentin Frau Gabriela Cuevas Barron wies in ihrer Eröffnungsrede u.a. darauf hin, dass es auch in der heutigen Zeit der modernen Technologie noch viel zu tun gebe. Themen wie Gleichberechtigung, Förderung von Jungen in die Politik, Armutsbekämpfung und Friedensförderung seien nach wie vor aktuell. Nur gemeinsam könnten in diesen Bereichen Fortschritte erzielt werden.

An der Versammlung nahmen Parlamentsdelegationen aus 147 Mitgliedsländern teil. Von den 1'521 teilnehmenden Delegierten waren 757 Mitglieder eines nationalen Parlaments. Unter den Parlamentariern befanden sich 74 Parlamentspräsidenten und 38 Vizepräsidenten.

2. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item)

Folgende zwei Vorschläge für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum wurden eingereicht:

- *Call for urgent international action to support Mozambique, Malawi and Zimbabwe hit by Cyclone Idai*, vorgeschlagen von den Niederlanden;
- *Ensuring international protection of Palestinian people, rejecting Israeli authority over the occupied Golan Heights, promoting the values of peaceful coexistence among people and religions and combatting all forms of racism and intolerance*, vorgeschlagen von Indonesien, Kuwait, Marokko und der Türkei.

Mittels namentlicher Abstimmung wurde der Vorschlag der Niederlande als dringliches Nachtragstraktandum bestimmt.

Beratung: Dringliches Nachtragstraktandum

Dringender Aufruf zur internationalen Unterstützung für die vom Zyklon Idai heimgesuchten Länder Mosambik, Malawi und Simbabwe

An der Debatte zum dringlichen Nachtragstraktandum, die am Morgen des 8. April 2019 unter der Leitung von Herrn A. Al Mahmoud, Präsident der Shura von Katar, stattfand, meldeten sich 18 Redner zu Wort. Die Teilnehmer drückten ihre aufrichtige Anteilnahme am Schicksal der Betroffenen sowie ihre Solidarität aus. Obwohl Idai nicht der erste Zyklon dieser Stärke war, richtete er enorm viel Schaden an. Hunderte Menschen verloren ihr Leben, Häuser und Infrastruktur wurden zerstört. Mangels sauberem Trinkwasser ist in Mosambik die Cholera ausgebrochen. Herr L. Prapancha Suryantoro, Vertreter der WHO, erklärte, dass dringend die medizinische Grundversorgung sichergestellt und internationale Hilfsgüter benötigt würden. Der Ausbreitung von Krankheiten durch die zerstörte Infrastruktur und verdrecktes Trinkwasser müsse entgegengewirkt werden. Ansonsten würden die katastrophalen Zustände Tausenden Menschen den Tod bringen. Einige Delegierte teilten mit, dass ihre Länder bereits Lebensmittel und medizinische Hilfe zur Verfügung gestellt hätten. Die internationale Gemeinschaft wies darauf hin, dass diese Länder aber auch längerfristig Hilfe benötigen würden, da z.T. Strassen, Brücken und Schulen zerstört wurden.

Herr H. Rogers, Gründer und Präsident der Blue Planet Foundation, betonte die Notwendigkeit der Änderung unserer Lebensweise, um dem Klimawandel entgegenzuwirken und so zukünftig das Risiko solcher Naturkatastrophen zu vermindern. Die Versammlung beschloss am Ende der Debatte, eine entsprechende Resolution zu verabschieden (siehe Beilage 1).

3. Hauptthema der Versammlung: Die Rolle der Parlamente bei der Verbesserung der Ausbildung für Friede, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit

Während der 3-tägigen Beratung nahmen über 145 Delegierte von 115 Mitgliedsstaaten sowie Vertreter von verschiedenen Partnerorganisationen an der Diskussion teil. Die Debatte konnte online über das Internet mitverfolgt werden.

Die Aufgabe eines jeden Staates ist es, neben der notwendigen Wissensvermittlung auch Toleranz und Respekt untereinander zu fördern. Diese Werte bilden das Fundament und zugleich den Kitt für tragfähige Demokratien. Deshalb ist der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung unerlässlich. Bei der Generaldebatte beteiligte sich die liechtensteinische Delegation aktiv durch den Abgeordneten Johannes Hasler. Im Zuge seiner Rede nutzte er die Gelegenheit und erwähnte das 300-Jahr-Jubiläum, das duale Bildungssystem mit einer Jugendarbeitslosenquote von weniger als 2% sowie Initiativen der liechtensteinischen Aussenpolitik, wobei er unter anderem den durch Liechtenstein initiierten „Syrien-Mechanismus“ hervorhob. Ausserdem erwähnte er die Liechtenstein-Initiative, welche den Finanzsektor in den Mittelpunkt der weltweiten Bemühungen zur Beendigung der modernen Sklaverei und des Menschenhandels stellen soll.

C Sitzung des Interparlamentarischen Rates

[Einleitend gilt es festzuhalten, dass an der Sitzung des Interparlamentarischen Rates eine Vielzahl verschiedenster Themen beraten wurde. Die Aufzeichnung aller dieser Themen würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Nachstehend sind daher die nach Sicht der Delegation wesentlichsten Themen aufgeführt. Die weiteren Beratungsthemen können beim Parlamentsdienst eingesehen werden.]

1. Mitgliedschaft bei der Interparlamentarischen Union

Der Interparlamentarische Rat konnte das Parlament von St. Vincent und den Grenadinen als 179. IPU-Mitglied begrüßen. Ebenso wurden Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Liberia, Nauru und Sankt Kitts und Nevis als Beobachter willkommen geheißen mit der Option, zu einem späteren Zeitpunkt der IPU beizutreten.

2. Die finanzielle Lage der IPU

Frau M. Kiener Nellen, Vorsitzende des Sub-Komitees Finanzen, erläuterte die aktuelle finanzielle Situation der IPU. Drei Faktoren führten im Laufe des Jahres zu einem operativen Defizit von CHF 607'000. Zum einen erfolgte für die Performance der IPU-Investitionen im Dezember 2018 eine Marktkorrektur, welche sich im ersten Quartal 2019 jedoch bereits wieder vollständig ausglich. Da zudem im Jahr 2018 beide Versammlungen in Genf durchgeführt wurden und zwei ausserordentliche Sitzungen des Exekutiv-Komitees stattfanden, generierte dies entsprechende Kosten. Gleichzeitig stiegen jedoch die freiwilligen Zuwendungen im Vergleich zu 2017 um 6%. Die Vorsitzende erläuterte weiter, dass die IPU-Mitgliedschaft von Honduras, Mauretanien und Papua-Neuguinea gekündigt werde, sollten diese Länder ihre ausstehenden Gebühren nicht bis zum 1. Oktober 2019 beglichen haben. Bis 31. Januar 2019 waren 77% aller Beiträge für das Jahr 2018 beglichen worden. Der Rat stimmte zuletzt dem Ansuchen Ruandas zu, einen Betrag von CHF 80'000-100'000 zur Deckung der Personalkosten für die Durchführung der 143. IPU-Versammlung im Jahr 2020 zu erhalten. Dieses Geld soll dem Working Capital Fund entnommen werden.

3. Umsetzung der IPU-Strategie 2017-2021

Der Rat nimmt den Bericht über die kürzlich gemachten Aktivitäten bez. Umsetzung der IPU-Strategie 2017-2021 zur Kenntnis.

Alle verabschiedeten Resolutionen der 140. Versammlung können auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

<https://www.ipu.org/event/140th-assembly-and-related-meetings#event-sub-page-19487/>

D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus hielt insgesamt fünf Sitzungen ab. Es wurden u.a. folgende Traktandenpunkte behandelt:

- a) Berichte diverser Arbeitsgruppen
- b) Wahlen in verschiedene Gremien
- c) Finanzielle Situation der 12+
- d) Dringliches Nachtragstraktandum

E 141. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 13. – 17. Oktober 2019 in Belgrad (Serbien)

1. Allgemeines

Am 13. Oktober 2019 eröffnete Frau Maja Gojković, Präsidentin des serbischen Parlaments, die 141. IPU-Assembly. Nach 1963 sei dies das zweite Mal, dass Serbien Gastgeber einer IPU-Konferenz sei. Sie betonte in ihrer Ansprache, wie wichtig die Zusammenarbeit der verschiedenen Parlamente sei, um die heutigen globalen Probleme zu lösen und den Frieden zu fördern.

In einer Videonachricht begrüßte der UNO-Generalsekretär, Herr A. Guterres, den Fokus dieser IPU-Versammlung auf die Themen Völkerrecht, globale Gesundheitspolitik, Klimaerwärmung und SDG's. Angesichts der heutigen globalen Herausforderungen brauche es starke multilaterale Institutionen, um eine friedvolle, erfolgreiche und nachhaltige Welt zu gestalten.

149 Mitglieder nahmen an der Versammlung teil. Der Frauenanteil betrug 30.7%, derjenigen der unter 30-Jährigen 21.5%.

2. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item)

Folgende Vorschläge wurden für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum eingereicht:

- *Resolution on addressing climate change*, vorgeschlagen von Indien
- *Protection of civilians and international security: Demanding an end to Turkey's offensive in Syria*, vorgeschlagen von Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, der Schweiz und Ägypten
- *Double standards of Western countries in combatting terrorism, especially in resolving the conflict in Syria*, vorgeschlagen von der Türkei
- *Urgent call for the restoration of representative democratic order and for respect for democratic principles in Peru*, vorgeschlagen von Peru.

Die Türkei sprach sich gegen den Vorschlag von Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, der Schweiz und Ägypten aus; Frankreich war gegen den Vorschlag der Türkei. Mittels namentlicher Abstimmung wurde der Vorschlag von Indien als dringlich in die Traktandenliste aufgenommen.

Beratung: Dringliches Nachtragstraktandum

Den Klimawandel thematisieren

Die 11 Sprecher, die das Wort ergriffen, waren sich einig, dass der Klimawandel alle Menschen des Globus betrifft. Kleine Inseln – wie z.B. Kiribati - spürten die Auswirkungen jedoch zum Teil dramatisch und riskierten, demnächst im Meer zu versinken. Wenn die Welt jetzt nicht handle, werde die Menschheit langfristig nicht überleben. Parlamente hätten die Pflicht und die Verantwortung, entsprechende Massnahmen zu ergreifen und Geld zur Verfügung zu stellen. Insbesondere sei es wichtig, in erneuerbare Energien zu investieren. Einige Länder erneuerten ihr Versprechen, die Umwelt und die natürlichen Ressourcen zu schützen und erläuterten einige Beispiele. So hat Uganda ein Umweltkomitee gegründet und Bangladesch einen Klimawandelfonds ins Leben gerufen. Es wird beschlossen, eine Resolution zu diesem Thema zu verfassen (Beilage 2).

3. Hauptthema der Versammlung: Die Rolle der Parlamente und der parlamentarischen Verfahren bei der Stärkung des Völkerrechts

144 Mitglieder und Repräsentanten von 10 Partnerorganisationen meldeten sich im Laufe der Debatte zu Wort. Spezialgäste waren Herr Gilles Carbonnier, Vizepräsident des Internationalen Roten Kreuzes sowie Herr Miroslav Lajčák, amtierender Vorsitzender der Organisation für Sicherheit und Co-operation in Europa (OSZE).

Der Abgeordnete Johannes Hasler hielt ebenfalls eine Rede und legte darin die Rolle und das Engagement Liechtensteins dar. Das Völkerrecht bildet den Grundstein für Frieden und Sicherheit weltweit. Als Kleinstaat war und ist Liechtenstein mehr als die meisten Staaten auf gute nachbarschaftliche Beziehungen, starke globale Partnerschaften und die Geltung des Völkerrechts angewiesen, um seine Souveränität abzusichern. Der Syrien-Konflikt zeigt auf, dass die angestrebten Ziele der IPU leider keine Selbstläufer sind. Deshalb muss an der Nachhaltigkeit weiterhin und kontinuierlich gearbeitet werden.

F Sitzung des Interparlamentarischen Rates

1. Die finanzielle Lage der IPU

Frau M. Kiener Nellen, Vorsitzende des Sub-Komitees Finanzen, macht Ausführungen zu nicht bezahlten Mitgliederebühren und den daraus resultierenden Sanktionen. Sie bittet die Leiter der geopolitischen Gruppierungen, ihre Mitglieder entsprechend zu ermahnen. Grundsätzlich ist die finanzielle Situation der IPU jedoch stabil, das Ziel des ersten Halbjahres-Budgets konnte eingehalten werden.

2. Budget für das Jahr 2020

Das Budget für das Jahr 2020 liegt dem Council vor, Frau M. Kiener Nellen macht hierzu entsprechende Erläuterungen. Enthalten ist u.a. auch ein Betrag in der Höhe von CHF 300'000 für die fünfte Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten vom August in Wien sowie die finanzielle Unterstützung an Ruanda für die Durchführung der 143. IPU-Assembly in Kigali im Herbst 2020. Der Council genehmigt schlussendlich das Budget für das Jahr 2020 in der Höhe von CHF 17'798'000.

3. Berichte der IPU-Präsidentin sowie des IPU-Generalsekretärs

Der Council nimmt die Berichte der IPU-Präsidentin sowie des IPU-Generalsekretärs über ihre Aktivitäten seit der 204. Sitzung des Rats zur Kenntnis.

Alle verabschiedeten Resolutionen der 141. Versammlung können auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

<https://www.ipu.org/event/141st-assembly-and-related-meetings#event-sub-page-21300/>

G Sitzungen der Gruppe Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus tagte jeweils am 12., 14., 15. und 16. Oktober 2019 und behandelte u.a. folgende Traktandenpunkte:

- a) Berichte diverser Arbeitsgruppen
- b) Finanzielle Situation der IPU / Budget 2020
- c) Wahlen in verschiedene Kommissionen
- d) Dringliches Nachtragstraktandum
- e) Abänderung der IPU-Statuten
- f) Aktuelle finanzielle Situation der Gruppe 12+

H Schlusswort

2019 war ein besonderes Jahr sowohl für die IPU als auch für das Fürstentum Liechtenstein: Während die IPU ihr 130-jähriges Bestehen feierte, durften wir das 300-jährige Bestehen unseres Landes feiern.

Liechtenstein war und ist mehr als die meisten Staaten auf gute nachbarschaftliche Beziehungen, starke globale Partnerschaften und die Geltung des Völkerrechts angewiesen, um seine Souveränität abzusichern.

In seiner Aussenpolitik setzt sich Liechtenstein kontinuierlich für einen konstruktiven und inklusiven Multilateralismus ein. Nur dadurch können wir langfristig Frieden, Stabilität und eine globale nachhaltige Entwicklung gewährleisten. Die regionale Zusammenarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil zur Stärkung der internationalen Rechtsordnung, die zu einer friedlichen Lösung von Streitigkeiten und dem Vorantreiben eines nachhaltigen Friedens beiträgt. Die IPU ist dazu berufen, die Demokratielücke in den internationalen Beziehungen zu überbrücken und dadurch einen gemeinsamen Weg festzulegen. Bei so vielen involvierten Staaten eine schwere Aufgabe. Menschen mit anderen Menschen zusammenbringen ist keine einfache Aufgabe! Das Umfeld, die Arbeit, andere Menschen usw. prägen die Neigungen, Stärken und Schwächen jedes Einzelnen. Nichtsdestotrotz - Demokratie wird schliesslich vom Dialog genährt, welcher durch die gemeinsamen Grundsätze der IPU getragen wird, jedoch kein Selbstläufer ist. Dies wird leider durch die zahlreichen Fälle eindrücklich dokumentiert: Dem Rat wurden Berichte über die Ergebnisse der Untersuchungen der Verletzung der Menschenrechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus folgenden Staaten zur Entscheidung vorgelegt: Brasilien, Libyen, Mongolei, Uganda, Türkei, Venezuela und Jemen. Mehr Informationen zu den einzelnen Fällen sind unter folgendem Link zu finden: <https://www.ipu.org/decisions-committee-human-rights-parliamentarians>.

In seiner Innenpolitik setzt sich Liechtenstein sehr stark für die Bildung ein. Nachhaltige Bildung ist das Schlüsselthema unserer Zeit, und obwohl sich jeder darüber im Klaren ist, scheitert die Umsetzung in einigen Staaten vielfach durch fehlendes Know-how oder Ressourcen. Auch bei Themen wie aktuell der Digitalisierung sollte das Vermitteln von Werten eine zentrale Rolle spielen. Ansonsten können sich einige zukünftige Errungenschaften sehr schnell negativ auswirken. Die Parlamente setzen durch das Budget, die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Gesetzgebung in Bezug auf Bildung wichtige Akzente in diesem Prozess. Der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung ist unerlässlich, denn jede qualitativ hochwertig ausgebildete Person leistet ihren persönlichen und unabdingbaren Mehrwert für eine funktionierende Gemeinschaft. Deshalb sollten wir interessiert sein, dass auch andere Staaten in eine gute Bildung investieren. Eine Investition in die Bildung bringt folglich eine hohe Rendite für alle, weil durch diese Investition mehr Fairness in unserer Welt ermöglicht wird.

«Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden und Bildung ist ihre Hebamme.» John Dewey, Amerikanischer Philosoph und Pädagoge

Nur ein angemessener Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, sozialem Zusammenhalt und Schutz der natürlichen Ressourcen sichert den globalen Frieden.

Ein Highlight auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung hat dieses Jahr der Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte lanciert. Es wird eine flächendeckende Gesundheitsversorgung bis 2030 angestrebt. Die 141. Versammlung der Interparlamentarischen Union erinnert daran, dass, wie in der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert, «der Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes eines der Grundrechte jedes menschlichen Wesens bildet».

An den angestrebten Zielen der IPU und vor allem an der Nachhaltigkeit muss weiterhin und kontinuierlich gearbeitet werden. Durch ein jährlich eingefordertes Reporting von den einzelnen Mitgliedern der IPU wird die Transparenz und Verbindlichkeit kontinuierlich gefördert.

Durch Nachhaltigkeit gelingt es uns, gemeinsam eine bessere Zukunft zu schaffen.

An dieser Stelle ist es mir ein Anliegen, mich beim ehemaligen Delegationskollegen Johannes Hasler und der verantwortlichen Mitarbeiterin des Parlamentsdienstes, Gabriele Wachter, für die angenehme und gute Zusammenarbeit zu bedanken.

I Nächste Versammlungen

Die 142. Versammlung wird vom 16. – 20. April 2020 in Genf stattfinden. Die 143. Versammlung wird Ruanda vom 11. – 15. Oktober 2020 in Kigali organisieren.

Der Delegationsleiter

Mario Wohlwend

Vaduz, 31. Januar 2020



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.

140th IPU Assembly

Doha (Qatar), 6 – 10 April 2019



Call for urgent international action to support Mozambique, Malawi and Zimbabwe hit by Cyclone Idai

Resolution adopted by consensus by the 140th IPU Assembly (Doha, 9 April 2019)*

The 140th Assembly of the Inter-Parliamentary Union,

Deeply concerned about the humanitarian catastrophe in Mozambique, Malawi and Zimbabwe since Cyclone Idai hit these countries causing widespread flooding through the region, killing many people, leaving thousands missing or injured, destroying homes, affecting more than a million lives, displacing hundreds of thousands of people and causing a rising death toll,

Considering that it is too early to gauge the magnitude of the devastation, that the number of victims is expected to rise, and that the World Health Organization has warned of a "second disaster" if potentially lethal waterborne diseases like cholera spread in the devastated region,

Noting that few countries could adequately respond to a disaster of this magnitude (the World Meteorological Organization projects that Idai will be among the worst weather-related disasters in the southern hemisphere), and certainly not three of the world's poorest countries, let alone Mozambique, which are in the midst of a debt crisis and whose annual GDP is around US\$ 12 billion,

Acknowledging that these countries were already vulnerable to disaster because of long lasting droughts and failed rains, due to changing weather conditions linked to global warming that has led to extreme rainfall and rising sea-levels and triggered deadly storms, such as Cyclone Idai,

Welcoming the measures and efforts taken by countries and aid organizations providing relief, food, temporary shelters, water-treatment devices and medicines, and knowing that widespread devastation and poor infrastructure hamper rescue and humanitarian operations from reaching all affected people,

Referring to the UN Secretary-General's request for a quick response from the international community to the UN flash appeal issued on 25 March 2019 for US\$ 282 million of emergency aid to Mozambique for a three-month period, and to the revised appeals for Zimbabwe and Malawi,

Noting the vulnerability of women, children, people with disabilities and the elderly in this situation, and also noting the risks of children in the aftermath of the cyclone being sold into slavery by human traffickers or forced into early marriage by families struggling to survive,

* The delegation of Turkey expressed a reservation on preambular paragraph 10 and operative paragraph 3.

Acknowledging that extreme weather events are most likely to become more frequent, severe, devastating and widespread and could be prevented or moderated by actions from the international community today,

Recalling the Paris Agreement that entered into force on 4 November 2016, the 2030 Agenda for Sustainable Development (2015) and the Sendai Framework for Disaster Risk Reduction (2015), which provide the foundation for sustainable, low-carbon and resilient development under a changing climate,

Looking forward to the UN Climate Summit in September 2019 as an important opportunity to raise ambition and establish plans for achieving the Paris Agreement goals,

Referring to the IPU's own commitments to advance the Sustainable Development Goals by 2030 (Hanoi Declaration 2015), to ensure parliaments hold governments to account in implementing effective measures to achieve these goals while leaving no one behind, in particular Goal 6 on clean water and sanitation, Goal 3 on good health and well-being, and Goal 7 on affordable and clean energy, and acknowledging that these disasters further disadvantage the affected countries' abilities to achieve the SDGs,

1. *Calls on* parliamentarians to urge their governments that have not already done so to support the UN flash appeals for Mozambique, Malawi and Zimbabwe, according to the values of the United Nations, and to contribute in an appropriate manner by ensuring that adequate human and financial resources are dedicated to the countries concerned;
2. *Also calls on* the United Nations, aid organizations and the international community to remain focused on the most vulnerable in the flood-ravaged areas without clean water, especially women, children, people with disabilities and the elderly, to support them in rebuilding their livelihoods and strengthening their capacity to care for their families, and to pay special attention to the needs of children, girls, women and other vulnerable groups at risk of kidnapping, trafficking and sexual exploitation;
3. *Urges* all parties, whether or not they have signed the Paris Agreement, to do their utmost to achieve its goals and to present their progress and future ambitions at the UN Climate Summit in September 2019 as well as their long-term climate changes to the United Nations in the course of 2020, and particularly urges parties to invest in mitigation and adaptation across vulnerable countries;
4. *Also urges* high-income economies to provide more finance, technical and capacity-building assistance to middle and low-income economies to help them better cope with climate change;
5. *Calls upon* national parliaments to urge their governments to take a leading role and effective measures to counter global warming, raise awareness about the effects of climate change and adopt a more sustainable way of living;
6. *Urges* the global community, in line with the Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030, to support the affected countries in developing comprehensive national resilience mechanisms, strengthening disaster risk reduction and prevention, and enhancing disaster preparedness for effective responses, and to "build back better" in recovery, rehabilitation and reconstruction, and calls on the governments of the countries concerned to also invest in risk-reduction measures and societal resilience;
7. *Also urges* the global community, in line with the 2030 Agenda for Sustainable Development (2015) and together with governments and the private sector in disaster-prone countries, to invest in climate-resilient development programmes related to key livelihood security topics of people living in high-risk areas, with a focus on SDGs 1 (poverty eradication), 2 (food security), 3 (health), 5 (gender equality), 6 (water and sanitation), 7 (access to affordable energy), 8 (good jobs), 11 (resilient communities) and 13 (climate action);
8. *Calls on* IPU parliamentarians to work with government in partnership with the private sector to gradually move towards clean and renewable energy.



141st IPU Assembly

Belgrade (Serbia)

13-17 October 2019



Addressing climate change

Resolution adopted unanimously by the 141st IPU Assembly (Belgrade, 16 October 2019)

The 141st Assembly of the Inter-Parliamentary Union,

Aware of the role and importance of democratic governance for peace and development resonating in the vision and mission of the IPU, a global organization of 179 Member Parliaments, and recalling the commitments on climate change made by the IPU at its 139th and 140th Assemblies,

Acknowledging that global warming of anthropogenic origin is one of the major challenges facing the global community today,

Recalling the commitments made by the global community in the Paris Agreement, which builds on previous international cooperation regarding various facets of climate change in the Rio Declaration on Environment and Development, Agenda 21, the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), the Kyoto Protocol, the Cancun Agreements, the Johannesburg Plan of Implementation, the Warsaw Outcomes, the SAMOA Pathway, the Sendai Framework for Disaster Risk Reduction, the Addis Ababa Action Agenda, and the 2030 Agenda for Sustainable Development,

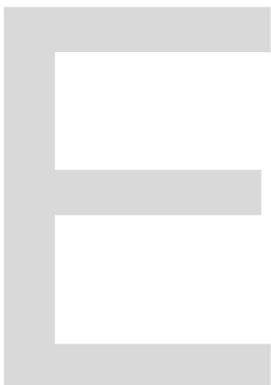
Also recalling the commitment of the Parties to the UNFCCC to tackle the challenge of global warming on the basis of equity and the principle of common but differentiated responsibilities and respective capabilities,

Acknowledging that the Paris Agreement recognizes that sustainable lifestyles and sustainable patterns of consumption and production, with developed country Parties taking the lead, play an important role in addressing climate change,

Recalling that the Paris Agreement notes the importance of ensuring the integrity of all ecosystems, including oceans, and the protection of biodiversity, recognized by some cultures as Mother Earth, and the importance for some of the concept of "climate justice",

Also recalling the commitment of the Paris Agreement to holding the increase in the global average temperature to well below 2° C above pre-industrial levels and pursuing efforts to limit the temperature increase to 1.5° C above pre-industrial levels, recognizing that this would significantly reduce the risks and impacts of climate change,

Acknowledging the implications of various reports based on the best available science that the consequences of even limited global warming of 1.5° C are likely to be extensive, serious and damaging, but could be mitigated considerably by immediate and focused action and active international collaboration and cooperation through multilateral processes,



Recalling that the foremost priority for developing countries continues to be their rapid progress along the path of sustainable development to ensure the well-being of the majority of the population of the world, consistent with the commitment in the Paris Agreement to achieve sustainable development,

Appreciating the work being done under the Marrakech Task Force on Sustainable Lifestyles and by other regional groupings on sustainable consumption and production,

Applauding the efforts and initiatives of those local communities, the business and financial sectors, academic and research institutions, children and youth, media and governments in promoting an innovative mix of traditional and modern sustainable lifestyles at the individual and collective levels as their respective contributions to live within Earth's boundaries,

Recalling the IPU's commitment in the Hanoi Declaration of 2015 to advance the Sustainable Development Goals (SDGs) by 2030 and to ensure that parliaments hold governments to account in implementing effective measures to achieve these Goals while leaving no one behind,

1. *Urges* all Parties to implement the Paris Agreement in letter and spirit, and to invest in mitigation and adaptation resolutely and speedily, in keeping also with the provisions of the UNFCCC and the protocols and agreements under its aegis;
2. *Urges* countries to take strong and effective mitigation action, as per the Paris Agreement, that would enable the achievement of the temperature goals, and notes, inter alia, that any shortfall in mitigation would tremendously enhance the burden of adaptation for vulnerable communities, populations, regions and countries;
3. *Calls on* the developed country Parties to the Paris Agreement to implement in letter and spirit their commitments under the Convention to provide finance, technology and capacity-building assistance to developing countries;
4. *Stresses* the need for the enhancement of urgent action for adaptation in developing countries to preserve and enhance their natural resources, which are the source of livelihoods and well-being for millions;
5. *Urges* all Parties to move forward expeditiously towards the effective implementation of the Warsaw International Mechanism for Loss and Damage;
6. *Calls on* national parliaments to urge their governments to take a leading role in effective measures to counter global warming, raise awareness and provide extensive education on the causes and impact of climate change, and to actively encourage the adoption of sustainable lifestyles and sustainable patterns of consumption and production;
7. *Also calls on* national parliaments to urge their governments, in line with the Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015–2030, to support the development of comprehensive national resilience mechanisms, strengthen disaster risk reduction and prevention, enhance disaster preparedness for effective responses, and invest in risk-reduction measures and societal resilience for disasters including, inter alia, desertification, deforestation, sand storms and mass flooding;
8. *Calls on* all parliamentarians to work with their governments in partnership with all stakeholders to implement the Paris Agreement by moving towards rapid implementation of the SDGs, thereby contributing to the enhancement of resilience and adaptation to climate change, and in particular calls on all parliamentarians to engage with youth to hear their voices and solutions to combat climate change and to open a dialogue with the younger generation;
9. *Strongly appeals* for a significant shift and enhancement in financial, technological and capacity-building assistance for developing countries towards adaptation rather than mitigation.